

die im staatlichen Schulwesen der verschiedenen Länder tätig sind, den Wert ihres christlichen Lebenszeugnisses abzusprechen oder zu mindern – alle Bemühungen zur Förderung dieser Schule ermutigen. In der heutigen pluralistischen Gesellschaft ist die Katholische Schule tatsächlich imstande, mehr denn je einen unschätzbaren und notwendigen Dienst zu leisten. Während sie unaufröhlich auf die Werte des Evangeliums hinweist, wird sie zur Vorkämpferin einer neuen und besseren Welt, im Gegensatz zu einer Gesellschaft, die der Genußsucht, dem Leistungs- und Konsumdenken verfallen ist.

92. Das Dokument richtet an die einzelnen Bischofskonferenzen die ehrerbietige Einladung, ihr Augenmerk den Leitgedanken zuzuwenden, die die Katholische Schule beseelen, sie auszuarbeiten und in bestimmte Bildungspläne einzubauen, die den besonderen Umständen und Anforderungen der verschiedenen Richtungen und Stufen des Schulwesens in den einzelnen Ländern entsprechen.

93. Die Kongregation für das Katholische Bildungswesen weiß, wie verwickelt und heikel das vorliegende Problem ist, und richtet deshalb diese Überlegungen auch an das ganze Volk Gottes. Dabei ist sie überzeugt, daß im göttlichen Heilsplan die schwachen menschlichen Kräfte wohl eine Lösung der drängenden Probleme, die sich stellen, suchen können, daß aber der Erfolg jeder Anstrengung nicht aus dem Vertrauen in die eigene Kraft stammt, sondern vom göttlichen Meister Jesus Christus kommen muß, beseelt, leitet, stützt und sicher zum guten Ende führt.

<sup>1</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 7. <sup>2</sup> Vgl. Paulus VI., Enzyklika „Ecclesiam suam“, 7. <sup>3</sup> Paulus VI., Enzyklika „Ecclesiam suam“, 13. <sup>4</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Pastoraldekret über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“, 4. <sup>5</sup> Paulus VI., Ansprache an S. Em. Kard. Gabriel Marie Garrone, 27. November 1972. <sup>6</sup> Paulus VI., Enzyklika „Ecclesiam suam“, 15. <sup>7</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 3. <sup>8</sup> II. Vatikanisches Konzil, Dog-

matische Konstitution über die göttliche Offenbarung „Dei Verbum“, 8. <sup>9</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Pastoraldekret über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“, 11. <sup>10</sup> Paulus VI., Ansprache an den IX. Kongreß des Internationalen Katholischen Büro für Unterricht und Erziehung (O.I.E.C.), in „L'Osservatore Romano“, 9. Juni 1974. <sup>11</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 8. <sup>12</sup> Vgl. Paulus VI., Ansprache an den IX. Kongreß der O.I.E.C., in „L'Osservatore Romano“, 9. Juni 1974. <sup>13</sup> II. Vatikanisches Konzil, Pastoraldekret über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“, 57. <sup>14</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 2. <sup>15</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 8. <sup>16</sup> Vgl. Eph. 3, 18–19. <sup>17</sup> Vgl. Pastoralinstruktion „Communio et Progressio“, 67. <sup>18</sup> Vgl. ebd. 68. <sup>19</sup> Paulus VI., Ansprache an den IX. Kongreß der O.I.E.C., in „L'Osservatore Romano“, 9. Juni 1974. <sup>20</sup> II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 8. <sup>21</sup> Paulus VI., Wert der Hingabe im Leben, in „Insegnamenti di Paolo VI“, vol. 8 (1970) 97. <sup>22</sup> II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 9. <sup>23</sup> II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 8. <sup>24</sup> Paulus VI., An Prof. Giuseppe Lazzati, Rektor der Herz-Jesu-Universität, in „Insegnamenti di Paolo VI“, vol. 9 1082. <sup>25</sup> Paulus VI., Ansprache an den IX. Kongreß der O.I.E.C., in „L'Osservatore Romano“, 9. Juni 1974. <sup>26</sup> Vgl. oben n. 18, 29, 23. <sup>27</sup> Vgl. Anm. 25. <sup>28</sup> Vgl. oben n. 58. <sup>29</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Pastoraldekret über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“, 43. <sup>30</sup> II. Vatikanisches Konzil, Dekret über das Apostolat der Laien „Apostolicam Actuositatem“, 25. <sup>31</sup> Ebd., 1. <sup>32</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen Gentium“, 33. <sup>33</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Dekret über das Apostolat der Laien „Apostolicam Actuositatem“, 10. <sup>34</sup> Ebd., 24. <sup>35</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Dekret über das Apostolat der Laien „Apostolicam Actuositatem“, 23. <sup>36</sup> II. Vatikanisches Konzil, Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe in der Kirche „Christus Dominus“, 17. <sup>37</sup> II. Vatikanisches Konzil, Dekret über das Apostolat der Laien „Apostolicam Actuositatem“, 23. <sup>38</sup> Vgl. oben n. 23. <sup>39</sup> Vgl. oben nn. 38–48. <sup>40</sup> Vgl. oben n. 22. <sup>41</sup> Vgl. oben nn. 70–72. <sup>42</sup> Ebd. <sup>43</sup> II. Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen Gentium“, 36. <sup>44</sup> Ebd., 35. <sup>45</sup> II. Vatikanisches Konzil, Dekret über das Apostolat der Laien „Apostolicam Actuositatem“, 5. <sup>46</sup> II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, 6. <sup>47</sup> Vgl. II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra Aetate“ 2. <sup>48</sup> II. Vatikanisches Konzil, Erklärung über die christliche Erziehung „Gravissimum Educationis“, Schlußwort.

## Länderbericht

# Das politische Spanien nach Franco

## Die Parteienlandschaft vor und nach der Wahl

Während das offizielle endgültige Ergebnis der spanischen Parlamentswahlen auch noch vier Wochen nach der Wahl noch nicht vorlag, hat in Madrid nach Bildung der Regierung und der Konstituierung des Parlament die politische Sommerpause begonnen. Die spanische Presse (wie auch die Parteien selbst) zögerten eine umfassende Wahlanalyse hinaus; man will, so ist aus den zahlreichen Leitartikeln zu schließen, nach den unklaren ideologischen Konturen der Parteien im Wahlkampf politische Programme und Taten abwarten.

Als rund 23 Millionen Spanier nach 41 Jahren parteipolitischer Abstinenz am 15. Juni zu allgemeinen, freien und

geheimen Wahlen gerufen wurden, stellten sich ihnen je nach Provinz bis zu 35 Parteien und Parteibündnisse zur Wahl. Bis auf die extreme Rechte und einige linke Splittergruppen versprachen alle, den nach dem Tod General Francos eingeleiteten Demokratisierungsprozeß fortzuführen. Das überraschende Wahlergebnis (hoher Wahlsieg der Sozialisten trotz des klaren Vorsprungs an Sitzen für die Union der demokratischen Zentrumsunion des Ministerpräsidenten Adolfo Suárez, schwaches Votum für die spanische KP, Niederlage der postfrankistischen „Alianza Popular“ und totaler Mißerfolg der Christlich-Demokratischen Föderation) läßt nicht zuletzt auf ein ho-

hes Maß an Unsicherheit bei den Wählern schließen, deren Aussagen in zahlreichen Meinungsumfragen einen andersgearteten Wahlausgang erwarten ließen. Diese weitverbreitete Unsicherheit rührte vor allem von der mangelnden Erfahrung des Durchschnittsspaniers mit dem von Franco „für immer abgeschafften“ Parteien-Pluralismus her. (Mehr als zwei Drittel aller großjährigen Spanier hatten noch nie in ihrem Leben gewählt.) Das Volk hatte wenig Zeit, sich in dem breiten Parteienspektrum zurechtzufinden: die Wahl fand 19 Monate nach Francos Tod, 4 Monate nach Zulassung bzw. Wiedenzulassung der gemäßigten Parteien, 2 Monate nach Zulassung der kommunistischen Partei Spaniens statt. Unter ähnlichem Zeitdruck standen die Parteien selbst, nimmt man die zugelassenen politischen Gruppierungen der Rechten aus.

## Parteien in der Phase des Übergangs

Noch zu Lebzeiten Francos (am 23. 12. 74) war das „Gesetz über politische Assoziationen“ in Kraft getreten. Im Schoß der Nationalen Bewegung („Movimiento Nacional“) durften sich neben der 1933 gegründeten „Falange“ politische Vereinigungen bilden, die aber nach ihrer Legalisierung strenger Kontrolle durch die Bewegung unterworfen wurden. Die Tatsache, daß die Gründer dieser Assoziationen ein Treuegelöbnis auf die „Prinzipien des Movimiento“ von 1958 ablegen mußten, bewirkte, daß nur regimetreue „Assoziationen“ entstanden, von denen sich die eigentliche (illegale) Opposition distanzierte. Bereits 1969 hatte der Nationalrat der Bewegung mit großer Mehrheit ein Statut über politische Vereinigungen beschlossen. Franco jedoch sah in diesen Gruppen zukünftige parteiähnliche Gebilde und verweigerte die Unterschrift, worauf der Nationalrat das Statut – ebenfalls mit großer Mehrheit – ablehnte.

Mit dem Tod Francos im November 1975 und dem Beginn der Regentschaft von König *Juan Carlos* sanken die bereits genehmigten oder entstehenden „Asociaciones“ in die Bedeutungslosigkeit. Die Opposition setzte ihre Hoffnung längst in die sich für die Zeit nach Franco abzeichnende „apertura“ des Regimes. In den folgenden 12 Monaten verstärkten neben den illegalen Parteien auch die politischen Klubs, Interessens- und Diskussionszirkel ihre Tätigkeit. Die Gruppe „Tacito“ etwa hatte schon zu Lebzeiten Francos vorsichtige Kritik an dessen autoritärer Politik geübt. Ebenfalls ohne staatliche Approbation existierte die Gruppe „Fedisa“, eine „Aktiengesellschaft für politische Studien“, aus der später die erste Regierung der Monarchie mehrere Minister berief.

Zur Fedisa gehörten Politiker wie *Pio Cabanillas*, *Manuel Fraga Iribarne* und der Graf von *Motrico*, *José María de Areilza*, die sich weder in dem vom Regime propagierten Assoziationen noch in der illegalen Opposition politisch betätigen wollten. Der auf Druck der Rechten im Oktober 1974 von Ministerpräsident *Arias Navarro* entlassene liberale Informationsminister *Cabanillas* gründete zwei Jahre

später die Volkspartei „Partido Popular“ (PP), die bei den Juni-Wahlen innerhalb des Zentrum-Bündnisses UCD 52 Sitze in Kongreß und Senat erhielt. Zum rechten Fedisa-Flügel zählte *Fraga*, ebenfalls Informationsminister unter Franco, der für die rechtsstehende, frankistische Volksallianz (AP) kandidierte. Der liberal-konservative *Areilza* sympathisierte zeitweilig mit der oppositionellen Junta Democrática. Im Vorfeld der Wahlen sagte man dem erfahrenen Politiker eine führende Rolle im Zentrum voraus; *Areilza* scheiterte an *Suárez* und dem rechten Flügel der Regierungspartei. Im Wahlkampf engagierte er sich als „zivilisierter Rechter“ für das aus Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten bestehende Bündnis der „Senatoren für die Demokratie“.

Aus dem linken Fedisa-Flügel kommt *Fernández Ordoñez*, der neue Finanzminister, der schon zu Lebzeiten Francos über gute Kontakte zur illegalen Opposition verfügte. Er kandidierte innerhalb der UCD für die Sozialdemokratische Partei PSD. Die rechtsextremen politischen Gruppen, etwa 20 von insgesamt mehr als 200 spanischen Parteien und Gruppierungen, stellten in der Phase des Übergangs wie zu Lebzeiten Francos eine lautstarke Minderheit dar. Sie waren ebenso illegal wie die regimedefindlichen gemäßigten oder linken Gruppen im Untergrund, jedoch von Franco als Helfershelfer des Regimes geduldet. Die politische Polizei rekrutierte ihren Nachwuchs gerne aus der extremen Rechten; rechtsradikale Aktivisten betätigten sich vornehmlich in den baskischen Provinzen als von der Polizei gedeckte Schlägertrupps. In den Reihen der seit Anfang der siebziger Jahre zunehmend aktiven „Christkönigskrieger“ (*Guerrilleros de Cristo Rey* – Führer: *Mariano Sanchez-Covisa*) gab es Angehörige der politischen Polizei, die nebenberuflich gewaltsame Aktionen veranstalteten. Kaum weniger berüchtigt sind die ebenfalls mit religiös-nationalistischen Namen verbrämten „Partisanen Christi“. Wie wenig wirkliches politisches Gewicht die extreme Rechte noch hat, zeigt der Ausgang der Wahlen. Politischen Einfluß auf die extreme Rechte und die Streitkräfte in Spanien hat heute noch die Gruppe um die Wochenzeitschrift „*Fuerza Nueva*“ (Auflage knapp 50000). Ihr Führer, *Blas Piñar*, bestritt den Wahlkampf für die rechtsgerichtete „Nationalallianz 18. Juli“.

Als politische Assoziation der Rechten bildete sich die „Union des spanischen Volkes“ (U. D. P. E. – Mitbegründer: *Adolfo Suárez*) und die „Demokratische Spanische Union“ (U. D. E.), von der CSU unterstützt. Während die U. D. P. E. das Franco-Regime zwar reformieren, aber doch in seinen Grundstrukturen erhalten wollte, verstand sich die U. D. E. als christlich-demokratisch und will nach eigenen Aussagen der Demokratisierung „nicht im Wege stehen“. Wie Fedisa sollte sich auch die vom Regime sanktionierte Assoziation UDE als Wiege zukünftiger rechtsgerichteter Parteien oder Parteien der rechten Mitte herausstellen. Ihr Führer, der ehemalige Minister für öffentliche Arbeiten, *Federico Silva Muñoz*, kandidierte später für die Volksallianz *Fragas*. Zahlreiche UDE-Mitglieder schlossen sich in der Christdemokratischen Partei

von Alvarez Miranda zusammen, die ebenfalls in das Suárez-Bündnis eintrat.

Als Parteien der Mitte bildeten sich unter vielen anderen die aus dem politischen Club „Libra“ hervorgegangene „Demokratische Partei“ (PD) – unter Führung von *Joaquín Garrigues Walker*, die „Demokratische Volkspartei“ (PPD) und die aus zwei landesweiten und drei regionalen Parteien bestehende „Equipo Español de la Unión Europea Demócrata Cristiana“, die als Vollmitglied in die Union Europäischer Christdemokraten aufgenommen wurde. Die Equipe lehnte die Institutionen des Franco-Regimes im Gegensatz zu vielen der zahlreichen sich christlich-demokratisch nennenden Gruppierungen radikal ab. Zur oppositionellen Equipe gehörte auch der inzwischen zum Präsidenten der Kammer gewählte *Fernando Alvarez Miranda*, der sich jedoch von der Gruppe trennte und bei den Wahlen mit seiner Christdemokratischen Partei PDC die Suárez-Koalition stützte. Alvarez Miranda und José Maria de Areilza bestätigen als Ausnahmen die Regel, nach der aus den sogenannten Assoziationen, den politischen Clubs und Diskussionszirkeln Parteien genau der gleichen Couleur hervorgingen. Katholische Intellektuelle sammelten sich in der „Demokratischen Linken“ (I.D.) des Madrider Anwalts Prof. *Joaquín Ruiz-Giménez*. Die I.D. wurde Mitglied der „Demokratischen Plattform“ (gegründet Juni 1975), die wie die „Demokratische Junta Spaniens“ (im Herbst 74 gegründet) noch zu Lebzeiten Francos zum Sammelbeken der demokratischen Opposition wurde. Zur „Plattform“ gehört die vor dem Bürgerkrieg stärkste und älteste Partei Spaniens, die „Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens“ (PSOE), die rechts von der PSOE stehenden „Sozialdemokratische Partei Spaniens“ (USDE) sowie eine carlistische und zwei kleine marxistische Gruppierungen. Zur „Junta“ gehörten die „Kommunistische Partei Spaniens“ (PCE), die „Sozialistische Volkspartei“ (PSP) von *Tierno Galván*, regionale (andalusische) Parteien sowie unabhängige Einzelpersonlichkeiten. Überwiegend aus Abspaltungen der PCE entstanden Gruppierungen marxistisch-leninistischer Prägung, einige trotzkistische und anarchistische Gruppen. Die teilweise gut organisierten regionalen und autonomistischen Gruppierungen im Baskenland und Katalonien schlossen sich naturgemäß eng an die Oppositionsblöcke an. Während also die Mitglieder der „asociaciones“ des Regimes später zur Volksallianz oder dem Zentrum UCD gehören, sammelten sich in Junta und Plattform – von einigen Einzelpersonlichkeiten abgesehen – die späteren linken Oppositionsparteien.

### Wie stark ist der Rückhalt im Volk?

Der Rückhalt der insgesamt ca. 200 Parteien und politischen Gruppierungen im spanischen Volk hat sich, wie in allen Staaten mit eingeschränkter Meinungsfreiheit, nie in Prozentsätzen ausdrücken lassen. Man kann davon ausgehen, daß der „Bunker“, also die rechtsextremen und ultrakonservativen politischen Kräfte, heute noch von Kreisen

der Streitkräfte, zahlenmäßig geringen überzeugten Faschisten, großgrundbesitzenden Familien und Familien der großen Finanz- und Wirtschaftskapitäne gestützt werden. Gerade die reichsten der Spanier zeigten sich stets anfällig für die Propaganda des Franco-Regimes, die jede politische Veränderung mit einer kommunistisch gesteuerten Revolution gegen die „ewigen Werte Spaniens“ gleichsetzte. Die Oligarchie fühlte sich politisch bei den systemerhaltenden Kräften beheimatet.

Zu diesen Kräften zählen bis zu einem gewissen Grad auch die Parteien der rechten Mitte, die im spanischen Wahlkampf vielsagend die „zivilisierte Rechte“ hieß. Über ihre politischen Führer ist bekannt, daß sie unter Franco entweder eher unpolitisch waren oder nur zeitweilig aktive Politik machten, jedoch nicht zur Opposition gehörten. Im Bürgertum und in ländlichen Gegenden vermuteten die Meinungsforscher vor den Wahlen ein starkes Wählerpotential für diese Parteien. Es entsprach dem großen Sicherheitsbedürfnis vieler Spanier, daß die „zivilisierte Rechte“ das Regime von innen heraus reformieren wollte. Hinter der Forderung etwa der (linken) Christdemokraten nach einem „demokratischen Umbruch“ witterten sie, so die Auswertung der Umfragen, das aus Bürgerkriegszeiten stammende Trauma chaotischer Unordnung.

Von mindestens sieben nach eigener Aussage christlich-demokratisch inspirierten Parteien nennt sich nur eine so: die „Equipe der christlichen Demokraten“ unter *José Maria Gil-Robles* und *Ruiz-Giménez*. Daß sie sozialpolitisch eindeutig zum linken Flügel der europäischen christdemokratischen Parteien zählen und nicht nur für die Zulassung, sondern auch für Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei eintreten, machte einen starken Rückhalt in der breiten Masse der katholischen Spanier unwahrscheinlich. Das berufliche und menschliche Format von *Ruiz-Giménez* hat ihn zwar zu einer der angesehenen Persönlichkeiten in der Hauptstadt werden lassen; der Rückhalt in der katholischen politisierten Arbeiterschaft blieb aber nach Meinungsumfragen (und das Wahlergebnis hat es drastisch bestätigt) gering.

Sozialisten und Sozialdemokraten unterscheiden sich nach allgemein verbreitetem Verständnis der Spanier nur dadurch, daß die Sozialdemokraten ein ganzes Stück weiter rechts stehen als die „richtigen“ Sozialisten. Tatsächlich haben die sozialdemokratischen Gruppierungen keinen oder wenig Rückhalt in der Arbeiterschaft, einige zeigen starke Ähnlichkeit mit der portugiesischen Mitte-Rechts-Partei PPD. Die sozialistische PSOE konnte in den letzten Jahren relativ unbehelligt und im Windschatten der Kommunisten existieren. Gemäßigte Regimepolitiker sahen in der ‚linken Partei mit Tradition‘ die zukünftige Opposition, mit der man rechnen muß. In städtischen Arbeitervierteln, aber auch unter Intellektuellen, höheren Beamten und auch unter praktizierenden Katholiken verfügte sie in den letzten drei Jahren über eine sichere Basis. Die ehemals erkonservativen, nach einem gewaltigen Linksruck sozialistisch gewordenen *Carlisten* verfügen ebenfalls über eine sichere Anhängerschaft von einigen Hunderttausend, vor allem in den Provinzen Guipuzcoa

und Navarra. Die Jahre schärfster Verfolgung haben nicht verhindern können, daß auch die *Kommunisten* in allen gesellschaftlichen Gruppen Fuß faßten. Stark vertreten ist die PCE zweifellos unter den Industriearbeitern und den Intellektuellen. Ihre Mitglieder sitzen durchaus auch in Redaktionen und Ministerien. Der scharf antisowjetische Kurs der PCE hat ihr in den letzten Jahren Sympathisanten aus der gemäßigten Opposition zugeführt.

Die *autonomistisch* geprägten (katalanischen und baskischen) Parteien und Gruppierungen wurden vom Regime nicht weniger verfolgt als die Kommunisten und sind daher stark oppositionell eingestellt, jedoch ideologisch nicht immer festgelegt. Ihre Anhängerschaft in allen sozialen Schichten sind je nach Radikalität Regionalisten, Autonomisten, Separatisten.

Den ersten demokratischen Wahlen seit 41 Jahren ging ein politisch unruhiges Jahr voraus. Der erste Ministerpräsident der Monarchie, *Carlos Arias Navarro*, war im Juli 1976 unter dem Druck der Ultrarechten und einer erstarrenden Opposition zurückgetreten. Seinem Nachfolger, *Adolfo Suárez*, gelang es, im Laufe eines knappen Jahres den demokratischen Rahmen für freie Parlamentswahlen zu schaffen, ohne daß die rechtsgerichteten Kräfte seiner Kontrolle entglitten. Der ehemalige Movimiento-Minister Suárez ließ ein Referendum durchführen zu einem Zeitpunkt, als die spanische Bevölkerung, von der spektakulären Entführung des Politikers und Financiers *José Antonio Oriol* geschockt, ihr Streben nach Demokratie zugunsten von Ordnung und Sicherheit zurückzustellen bereit schien. Am 18. November 1976 brachte er ein Reformpaket (Vorschlag des Zweikammersystems mit freier Wahl der Abgeordneten nach Proporz für den Kongreß und Majorz für den Senat) mit Zweidrittelmehrheit durch die „Cortes“, die damit ihre Selbstauflösung beschloß.

Suárez erließ eine Teilamnestie für politische Gefangene, verärgerte damit zwar die gesamte Opposition, die eine Generalamnestie als Zeichen des Bruchs mit der frankistischen Vergangenheit forderte, konnte aber die Rechte halten. Er hob die gefürchteten Sondergerichte auf und verfügte am 8. Februar 1977 die Legalisierung aller gemäßigten Parteien. Ein Schlag gegen die Rechte war das Dekret über die Neutralität der Streitkräfte, das den Angehörigen von Militär und Polizei die aktive Mitwirkung in politischen Parteien und öffentlichen Sympathiekundgebungen für politische Gruppen untersagte. Am 38. Jahrestag von Francos Sieg im Bürgerkrieg, dem 1. April 1977, löste die Regierung Suárez die Nationale Bewegung auf, ihre 10900 Beamten sollen Staatsangestellte werden.

Das bei seinem Antritt spöttisch „Sommerregierung“ genannte Kabinett Suárez überstand das Vorjahr der Wahlen; Ministerpräsident Suárez gewann die Wahlen. Was im westlichen Ausland als „imponierende Bilanz“ des Regierungschefs gefeiert wurde, seine Reformpolitik der kleinen Schritte, entsprach zweifellos dem politischen Sensus weiter Bevölkerungsteile, löste jedoch in den sich formierenden Parteien der Rechten wie der Linken Skepsis aus. Die Rechte deutete jede Liberalisierungsmaßnahme

als linksgesteuerten Angriff auf das Franco-Erbe, die Linke wollte sich nicht mit Konzessionen des „intelligenten Antidemokraten“ begnügen.

## Wahl zwischen Sicherheit und Sozialismus

Auf diesem Hintergrund (läßt man den eigentlichen Wahlkampf außer Betracht) erscheint das Wahlergebnis vom 15. Juni wenig überraschend. Die Wahlen ergaben eine klare Mehrheit für das lockere 12-Parteienbündnis der Mitte, die Demokratische Zentrumsunion (UCD) von Adolfo Suárez (nach immer noch vorläufigem Endergebnis 165 Sitze im Kongreß, 104 im Senat). Die UCD trat als Kraft der Mitte auf; nur sie konnte nach Meinung vieler Spanier die seit dem Bürgerkrieg unvergessene Polarisierung in rechts und links für die Zukunft verhindern. Die Koalition aus reformwilligen Kräften des Regimes (Suárez), Regimegegnern wie dem Liberalen Garrigues und dem Christdemokraten Alvarez de Miranda versprach in der ersten Phase des nur drei Wochen dauernden Wahlkampfes ein demokratisches Spanien. Suárez hatte seine Kandidatur angekündigt und betont, er werde seine Stellung als Ministerpräsident und den ihm zur Verfügung stehenden Apparat nicht für Wahlkampfszwecke einsetzen. In der zweiten Phase warb die Zentrumsunion fast ausschließlich mit ihrem Spitzenkandidaten Suárez, da sie sich auf kein konkretes Programm hatte einigen können. Gerade diese Personalisierung des UCD-Wahlkampfes brachte dem Bündnis *die Stimmen vieler Unentschlossener*, die wählen wollten, sich aber keiner Partei zugehörig fühlten. Bei aller in der Phase des Übergangs bewiesenen politischen Reife der Spanier kann man davon ausgehen, daß 40 Jahre autoritärer Herrschaft der UCD auch die Stimmen jener Spanier zugeführt haben, die dem Ruf des Ministerpräsidenten als treue Untertanen folgten. Dies gilt vor allem für die Nordwestregion Galicien, wo die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent (in Gesamtspanien 77 Prozent) und die Regierungskoalition weit an der Spitze lag. Die liberale, katholische Wochenzeitschrift „Cuadernos para el Diálogo“ sah in Suárez die einzige „Attraktion“ der UCD.

Etwa ein Drittel der gewählten Senatoren und Abgeordneten kandidierten für die UCD als „Unabhängige“. Fast alle gehören zur ideologisch kaum definierbaren Suárez-Mannschaft. Etwa 30 UCD-Parlamentarier waren unter Franco Procuradores im spanischen Ständeparlament Cortes oder sogar Minister des Regimes. In Vorteil bringen konnte sich die UCD außerdem durch ein differenziertes Wahlverfahren, das die dünnbesiedelten, ländlichen und politisch konservativen Provinzen begünstigte.

Die hohen Gewinne der Sozialisten sind auch von Suárez' Regierung als klare Absage an die politischen Erben Francos gedeutet worden. „Spanien will nicht frankistisch sein“, so kommentierte *Felipe González*, der Führer der PSOE, selbst den Wahlsieg seiner Partei (ABC, 18. 6. 77).

Ministerpräsident Suárez definierte sein Kabinett daraufhin entgegen der tatsächlichen Zusammensetzung (kein einziger Minister bekennt sich zur Linken) als „Regierung der linken Mitte“. Das Parteiprogramm der PSOE steht vor allem in sozial-politischen und ökonomischen Fragen weit links von der deutschen SPD. Zum Grundsatzprogramm hatte González 1975 erklärt: „Unsere Partei ist sozialistisch und demokratisch. Man kann sie marxistisch nennen – in ihrem Ursprung und auch in ihrer jetzigen Zusammensetzung –, wenn das heißen will, daß der Marxismus für sie die Basis der historischen und politischen Analyse ist; nicht aber, wenn es bedeutet, daß die Mitglieder sich dogmatisch als Marxisten fühlen“ (zit. nach W. Haubrich, C. R. Moser, Francos Erben, Köln, S. 120). Im Wahlkampf hingegen stellte sich die Sozialistische Arbeiterpartei als sozial engagierte, freiheitlich demokratische Partei dar, die auch ihre kämpferisch antiklerikale Haltung völlig aufgegeben hat. Wie alle Parteien, mit Ausnahme der rechten, forderte sie lediglich die Akonfessionalität des spanischen Staates.

Nicht nur für die sozialistischen Parteien dürfte das gelten, was der Sozialist *Tierno Galván* in einem Interview mit der Tageszeitung „ABC“ (19. 6. 77) nach den Wahlen sagte: „Viele von denen, die den Sozialismus gewählt haben, könnten kaum erklären, was das ist.“ Tierno, der als einer der intelligentesten, fähigsten und unbestechlichsten spanischen Politiker gilt, sah die PSOE ‚mit den Augen des Wählers‘ mehr als attraktive Alternative unter jugendlicher Führung – González ist ganze 35 Jahre alt – denn als historisch-ideologische Option. Seine Sozialistische Volkspartei (PSP), die erwartungsgemäß unter einer Million Stimmen blieb, wurde hingegen überwiegend von überzeugten Sozialisten, etwa aus Madrider Intellektuellenkreisen, gewählt.

### Die Niederlage der Christdemokraten und die Haltung der Kirche

Joaquín Ruiz-Giménez ist als einziger Parteiführer nicht gewählt worden. In Umfragen lag seine Christlich-demokratische Föderation (FDC) bei 9–12 Prozent, d. h., sie hätte 30 bis 40 Sitze für den Kongreß errungen. Die unter dem Franco-Regime oppositionellen Christdemokraten wären in dem neuen Parlament überhaupt nicht vertreten, wenn Bruderparteien in Katalonien und im Baskenland („Unio Centre i Democracia Cristiana Catalunya“ und „Democracia Cristiana Vasca“) nicht zusammen 10 Sitze errungen hätten.

Das Erstarken der Christdemokraten, wie es Italien und Deutschland nach der Diktatur erlebt haben, blieb in Spanien also aus.

Als für die Wahlniederlage der Christdemokratie entscheidend erwies sich die Aufspaltung der Gruppe „Equipo democrata-cristiano“ in die Parteien PDC von Alvarez Miranda und FDC von Ruiz-Giménez. Alvarez

Miranda hatte sich von Ruiz-Giménez getrennt, als dieser ein Bündnis mit der Linken erwog. Alvarez, der auf dem Kongreß der Europa-Union 1962 in München den Rücktritt Francos forderte und deshalb neun Monate in die Verbannung geschickt wurde, hat lange Jahre für die Ziele der christlichen Demokratie in Spanien gearbeitet. Er beobachtete den Linkstrend innerhalb der DC mit Skepsis. Seine Befürchtung, daß einer linken christdemokratischen Partei die breite Basis im spanischen Volk fehle, erwies sich denn auch als zutreffend. Daß sich der angesehene Politiker mit den aus dem Regime kommenden konservativen christdemokratischen Gruppen verbündete, hat der PDC und damit dem Zentrum vermutlich einen beachtlichen Stimmengewinn eingebracht. Die 23 Abgeordnetensitze der PDC im Kongreß können jedoch nicht über die ideologische Diskrepanz zwischen Parteispitze (Alvarez Miranda) und der Mehrheit der PDC-Parlamentarier hinwegtäuschen. So gehörten allein 13 der 23 Abgeordneten früher zu der Assoziation UDE.

Ruiz-Giménez sieht die Ursache für die Wahlniederlage einmal in der taktisch unklugen Teilung der Christdemokraten, die durch den Pakt der „Izquierda Democrática“ (Ruiz-Giménez) mit der „Federación Popular Democrática“ (Gil-Robles) nicht mehr rückgängig zu machen war. Dieser Zusammenschluß von ID und FPD hat, so meinte Ruiz-Giménez, nach der Wahl die christdemokratischen Wähler eher verwirrt und entweder den in der Regierungskoalition UCD integrierten (rechten) Christdemokraten oder den sozialistischen Parteien zugeführt. Zudem zeige das Wahlergebnis, daß „die Spanier zwischen zwei klar definierten Alternativen gewählt haben: der sicheren Zukunft mit Adolfo Suárez, die Reformen bringen wird, aber keine traumatischen Veränderungen, und der ersehnten echten Opposition, die zu tiefgreifenden Veränderungen bereit ist“ (zit. nach ABC, 30.6.77). Die Stimmen dieser zweiten Wählerschicht fielen vor allem der PSOE zu, „die historisch verwurzelt und besser organisiert im Wahlkampf als gemäßigte, zukunftssträchtige und Optimismus ausstrahlende Partei auftrat“. Der frühere Falangist und Minister Francos Ruiz-Giménez hat einen gradlinigen Weg nach links hinter sich und gilt heute als einer der begabtesten Intellektuellen Spaniens. Die europäische Erkenntnis, daß einer nach links strebenden Christdemokratie kein Erfolg beschieden ist, hat ihn nicht zur Umkehr bewegen können. Die Äußerung Ruiz-Giménez nach den Wahlen, seine Partei erwäge eine Namensänderung, spricht jedenfalls nicht für eine Öffnung nach rechts. Allerdings zweifeln auch Alvarez Miranda und seine Partei, ob eine christdemokratische Partei in Spanien Zukunft hat. Bis zu den nächsten Wahlen müßten die beiden Gruppen ihre Identitätskrise überwunden haben, wenn nicht eine Existenzkrise daraus werden soll. Das Attribut „christlich-demokratisch“ im Parteinamen, so glaubt Ruiz-Giménez, erinnere viele Spanier an die unselige Verflochtenheit der Kirche mit dem Franco-Regime, obwohl die Kirche seiner eindeutig der Linken zuzurechnenden Partei keinerlei Wahlhilfe leistete. Gerade die

Neutralität der kirchlichen Hierarchie gegenüber den Christdemokraten mag diese wegen ihres nachdrücklichen Votums für die Zulassung der kommunistischen Partei und ihre Bündnisbereitschaft mit der gesamten Linken ohnehin beargwöhnte Partei aber auch Stimmen gekostet haben.

Die – bis auf wenige Ausnahmen – streng gewährte *partei-politische Neutralität der katholischen Bischöfe* hat zweifellos nicht unwesentlich zum demokratischen Ablauf des Wahlkampfes beigetragen. Gleichzeitig aber verunsicherte sie das an Orientierungen auch von kirchlicher Seite gewöhnte Volk. Keine Partei könne sich auf sie berufen; dies war der Standpunkt der Bischöfe. Der Christ müsse nach seinem Gewissen die für ihn richtige Wahlentscheidung treffen, hatte es in der Verlautbarung der Spanischen Bischofskonferenz zur bevorstehenden Wahl geheißt. (Erklärung des Ständigen Rates vom 13. Mai; zit. nach KNA, 14. 5. 77.) Eine klare Verurteilung totalitärer, gewaltsamer Gruppen und solcher, „die lügen“, schloß die PCE zumindest nicht namentlich aus dem Spektrum wählbarer Parteien aus. Nicht wählbar sind nach einer Erklärung des Ständigen Rates vom 2. Februar 1977 „Parteien oder Programme, die mit dem Glauben unvereinbar sind, wie zum Beispiel jene, die ein Gesellschaftsmodell errichten wollen, in dem die fundamentalen Rechte und Freiheiten des Menschen unterdrückt werden oder in dem der Profit der einzig wichtige Motor für den wirtschaftlichen Fortschritt ist, der Wettbewerb höchstes Gesetz der Ökonomie sein soll und das Eigentum der Produktionsmittel als absolutes Recht gilt“. In der zweiten Erklärung verteidigte der Ständige Rat nachdrücklich das (katholische) Privatschulwesen, das von den meisten Parteien, die rechten ausgenommen, in seiner jetzigen Form abgelehnt wird.

Ein heikles Thema war für die Spanische Bischofskonferenz die *politische Betätigung von Priestern und Ordensleuten*. Dazu hieß es in der Erklärung vom 10. Februar: „Wir vertreten die Meinung, daß sowohl Bischöfe wie Priester und Ordensleute keine militanten Aktivitäten übernehmen sollen... Falls konkrete und außergewöhnliche Ereignisse Kompromisse zugunsten der Allgemeinheit erforderlich machen sollten, muß kurzfristig die Zustimmung des Bischofs eingeholt werden. Dieser wiederum muß seinen Priesterrat befragen; falls notwendig muß auch die Bischofskonferenz konsultiert werden.“ Tatsächlich traten bei Wahlveranstaltungen der Kommunistischen Partei (aber auch bei rechtsextremen Kundgebungen) Geistliche auf. Als der Jesuit und Arbeiterpriester *José Maria Llanos* im Madrider Vorort Vallecas gemeinsam mit KP-Chef *Santiago Carrillo* auftrat und die Faust zum Gruß hob, mißbilligte Kardinal *Marcelo González Martín* (Toledo) dies von der Kanzel herab. Mehrere Priester kandidierten überwiegend für linksgerichtete Parteien, in Barcelona wurde der Bürgerrechtskämpfer und Priester *Luis Xirinachs* als Unabhängiger in den Senat gewählt. Die Bischöfe nahmen dazu bisher nicht öffentlich Stellung.

## Schwache Erfolge der PCE, Niederlage der Frankisten

Mit 20 Sitzen im Kongreß gehört die *Spanische Kommunistische Partei* (PCE) zu den Minderheitsparteien. Ministerpräsident Suárez' kalkuliertes Risiko, die PCE nach monatelanger öffentlicher Diskussion gegen den Willen der gesamten Rechten zuzulassen, war aufgegangen. Während des Wahlkampfes schenkte die Bevölkerung wie auch die liberale Presse *Santiago Carrillo* ein hohes Maß an Aufmerksamkeit; das magere Wahlergebnis ließ das Interesse erlahmen; nicht einmal in der rechten und in der Regierungspresse war Erleichterung über die wahre Stärke der PCE zu spüren.

Die 1921 gegründete Partei existierte seit 1936 in der Illegalität. Sie ist trotz ihres nur sehr begrenzten Wahlerfolges die drittstärkste kommunistische Partei in Europa. Unter Franco erbarmungslos verfolgt, übte die arme, da illegale Partei in den letzten Jahren mutig Kritik an der Sowjetunion (etwa am Einmarsch in die CSSR), was ihr im Ausland wie in Spanien Sympathie einbrachte. Ihre Stärke in einem frei gewählten Parlament realistisch einschätzend, entschloß sie sich, mit anderen Oppositionellen für eine pluralistische Demokratie in Spanien zu kämpfen. Der Wahlslogan der Kommunisten „Wer kommunistisch wählt, wählt die Demokratie“, das konsequente Ausklammern des Attributs „marxistisch“, die Anerkennung der Monarchie, das Angebot zur Zusammenarbeit mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften und die Akzentuierung der Religionsfreiheit hat dem kommunistischen Parteiführer im Wahlkampf sogar den Namen „Padre Carrillo“ eingetragen.

Stark vertreten ist die PCE nach den Wahlen nur in Barcelona, wo sie an zweiter Stelle den Sozialisten folgt. In Madrid und Asturien, wo Carrillo und die aus dem Moskauer Exil heimgekehrte „Pasionaria“ kandidierten, hat sie weniger gut als erwartet abgeschnitten. Carrillo selbst meinte nach den Wahlen, seiner Partei sei es nur teilweise gelungen, den in Spanien tiefverwurzelten Antikommunismus zu überwinden. Wie marxistisch oder kommunistisch die PCE eigentlich ist, werden sich die Spanier auch weiterhin fragen. Die sowjetischen Angriffe auf den Eurokommunismus Carrillos kommen diesem innenpolitisch jedenfalls nicht ungelegen.

In den beiden autonomistischen Regionen *Katalonien* und *Baskenland* haben die Linksparteien das Zentrum verdrängt und verfügen über die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Die PSOE verdankt ihren hohen Stimmenanteil der Tatsache, daß sie in beiden Regionen die Autonomieforderungen der regionalen Parteien unterstützt. Unerwartet schlecht schnitt die Kommunistische Partei im Baskenland ab. Die katalanische Bürgerpartei PDC und die gemäßigte baskische PNV waren erwartungsgemäß erfolgreicher als die Regierungskoalition UCD.

Daß das neofrankistische Parteibündnis „Volksallianz“ (AP) des früheren Informationsministers *Manuel Fraga-Iribarne* in beiden Kammern (17 Sitze im Kongreß, 2 im

Senat) schwächer repräsentiert sein wird als die Kommunistische Partei, wird von spanischen Politikern als die größte Überraschung dieser Wahlen bezeichnet. Provinzen, in denen sich die AP einer großen Wählerschaft sicher zu sein schien wie etwa in Aragón, wählten statt dessen die Regierungskoalition Adolfo Suárez'. Fraga, der unter Franco das halbwegs liberale Pressegesetz von 1966 durchbrachte, überraschte im Wahlkampf mit der Beschwörung vaterländischer Formeln und dem überall deutlich spürbaren Anspruch, das Erbe Francos weiterzuführen. Er versprach Kontinuität und warnte vor der zügellosen Liberalisierung, die alle links von der AP stehenden Parteien im Schilde führten. Von der nach Stimmengewinnen proportional abzurechnenden staatlichen Wahlsumme muß die AP als Folge ihrer Selbstüberschätzung 1,4 Milliarden Peseten zurückzahlen. Der von liberalen Zeitungen ausgeschlachtete pittoreske Wahlkampf der „Alianza Popular“ mit den verzweifelten „Franco darf nicht sterben“-Appellen hat sie gewiß nur Stimmen gekostet.

### Klares Übergewicht der Linken

Der je nach politischem Standort unterschiedlich intonierte Kommentar „Ohne die Linke geht nichts mehr“

dürfte trotz des Sieges von Ministerpräsident Suárez richtungweisend für die Zukunft sein. Die mehr als 10 Millionen Stimmen für die Sozialisten, Kommunisten und autonomistischen Mitte-Links-Parteien ergeben gegenüber 7,5 Millionen für das Zentrum und die Rechte ein klares Übergewicht der politischen Linken in Spanien. Für alle Parteien gilt, daß sie im politischen Alltag nach der Wahl Profil gewinnen müssen, das ihnen, wie es im Wahlkampf häufiger vorkommt, verlorengegangen ist. Davon ausnehmen kann man die rechtsgerichteten Parteien, die das ideologische Bekenntnis zu Randgruppen werden ließ. Die neugegründete Zentrumsunion, aus dem Parteienbündnis UCD hervorgegangen, muß sich erst einmal definieren. Adolfo Suárez steht vor der schwierigen Aufgabe, das ideologielose Zweckbündnis UCD in eine politisch aktionsfähige Partei des Zentrums umzuwandeln, die der starken sozialistischen Opposition Alternativen für die drängendsten akuten Probleme wie Inflation und Arbeitslosigkeit anzubieten imstande ist. Die Chance des Zentrums liegt in der gesicherten parlamentarischen Mehrheit und dem Vertrauensbonus von Ministerpräsident Suárez, der es – aus den Reihen des Regimes kommend – erst mit der Demokratie meinte als seine Vorgänger im Amt des spanischen Ministerpräsidenten.

*Gabriele Baums-Burchardt*

## Offensiv und zugleich mäßigend

### Polens Kirche in wichtiger Schlüsselrolle

Bei den jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzungen in Polen wuchs der katholischen Kirche dank ihres Einflusses in der Öffentlichkeit eine besondere Rolle zu. Beobachtern fiel auf, daß sich Primas Kardinal Wyszyński immer mehr zurückhielt, je gespannter die Lage zu sein schien. Er wollte offenbar kein Öl aufs Feuer gießen, richtete aber wiederholte Appelle an die Führung, durch Achtung der Rechte des einzelnen ein neues Vertrauensverhältnis zu den Regierten zu schaffen und den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Nach der Verhaftung von Oppositionellen um das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ hatte der Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof *Bronislaw Dabrowski* (Warschau), auf Weisung des Primas zugunsten des Literaturwissenschaftlers *Jan Josef Lipski* interveniert. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wurde Lipski am 8. Juni freigelassen. Dafür hatte sich unter anderen auch der PEN-Club eingesetzt.

Zur Haltung der Kirche während der jüngsten Spannungen ist aus Kreisen des Episkopats zu hören, die Kirche wolle sich nicht auf den politischen Weg ziehen lassen, stehe aber denen bei, die Opfer von Repressionen wurden. So fordere die Kirche auch die Freilassung der letzten fünf noch in Haft befindlichen Teilnehmer an den Protestaktionen von Ursus und Radom unabhängig der von den

Behörden vorgebrachten Argumente, daß ein Teil von ihnen eine kriminelle Vergangenheit habe. Wenn die Unruhen nicht gewesen wären, säßen sie nicht wegen der ihnen konkret in diesem Falle vorgeworfenen Taten im Gefängnis, heißt dazu die Antwort der Kirche.

### Wyszyński fordert Einhaltung der Menschenrechte

Die Sonderstellung der vom Regime unabhängigen Kirche zeigte sich besonders deutlich am 15. Mai in Krakau, als die demonstrativen Trauerkundgebungen um den oppositionellen Studenten *Stanislaw Pyjas* bei einer Seelenmesse in der Dominikanerkirche ihr einziges von einer Institution sanktioniertes offenes Ventil fanden. Ähnlich wie ein paar Tage später in Warschau rief der Priester die Studenten zur Ruhe auf, zeigte aber volles Verständnis für ihr Anliegen. Noch klarer illustrierte der Hungerstreik in der Warschauer Martinskirche die Rolle der katholischen Kirche in Polen als einzige vom Staat unabhängige Institution.

Während des Hungerstreiks, mit dem der Forderung nach Freilassung der Teilnehmer an den Protestaktionen vom letzten Jahr und der verhafteten Intellektuellen Nach-